

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (in Daus monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - 2 / Geschäftsstellen und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher 17256 / Postfachkonto: Dresden Nr. 1869 / Druckstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 16 bis 19 Uhr allgemeine Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die normal getragene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den befristeten Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - 2, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise ist Anbruch auf Verlegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Januar 1930

Nummer 5

Justizkomödie gegen die Fälscher des Sowjetgeldes

Das Kriegskomplott gegen die Sowjetunion

Imperialistische Drahtzieher der Verschöderung dirigieren den Prozeß / Der Dresdner Landfriedensbruchprozeß

Provokationen gegen die UGGA im Gerichtssaal

Dresden, 7. Januar.

Der Prozeß gegen die weingardistischen Sowjetgeldfälscher, der gestern in Moskau begann, zeigte, trotz aller Beeinträchtigungsversuche des Gerichts, bereits am ersten Tage die enge Verbindung zwischen den kleinen Werkzeugen und ihren großen Hintermännern Deering, Nobel, Ehrhardt, der Generale Kersch von Kressenkeim u. Vossow und von kapitalistischen Geldgebern in Deutschland auf. Die kapitalistische Justiz und ihre Geldgeber denken selbstverständlich nicht daran, diese Drahtzieher der Werkzeuge zu verhaften und auf die Anklagebank zu setzen. Im Gegenteil. Wir wissen durch die Einsicht in die umfangreiche Zeugnisse, daß diese Hauptkriminalisten nicht einmal als Zeugen für den Prozeß geladen sind.



Staatsgerichtsrat Wallenberg, Der Vorsitzende des Gerichts

Während das Gericht also es peinlich vermeidet, die politischen Hintermänner der angeklagten Kreaturen bloßzustellen, provozierte es gleich am ersten Tage des Prozesses in zynischer Weise die Sowjetunion, deren Vernichtung die Angeklagten betreiben. Auf einem im Gericht vorgelesenen Vorwurfsplan für die Behörden, fast unmittelbar neben dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, machte sich während der ganzen Verhandlung der Moskauer Diplomat des sozialdemokratischen georgischen Klüngels breit, der einst in Tiflis regierte und heute in Paris seinen Koffertausch hat. Schlimmer noch war die Herausforderung der Sowjetunion, die das Gericht durch die von der dänischen sozialistischen Rechtsanwaltsgruppe beantragte Verurteilung eines weingardistischen Genossenfreundes der Angeklagten wagte. Hierdurch stellte das Gericht selbst die Voreingenommenheit, die antisowjetistische Parteilichkeit und damit den voraussetzlichen Ausgang des Prozesses vor der Öffentlichkeit an den Pranger.

Der erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Vernehmung des Angeklagten Karumidje. Trotz der Versuche des Vorsitzenden, den Prozeß und den Verhandlungsgegenstand zu bagatelisieren, ließ sich nicht verhindern, daß die Fäden von den antisowjetistischen Werkzeugen zu den finanzkapitalistischen und militärischen Hintermännern bloßgelegt wurden. Karumidje sagte aus, daß der Plan, durch eine riesige Fälschung sowjetischer Banknoten die Sowjetwährung zu erschüttern und einen Aufstand in der Sowjetunion anzusetzen, in Verbindung mit verschiedenen nationalen und internationalen Kreisen ausgeheckelt wurde. Er erklärte ganz offen, daß der Zweck der Fälschungen die Organisierung des bewaffneten Aufstandes war. Auf einer Konferenz in London, an der neben dem General Hoffmann noch eine Reihe anderer bedeutender politischer Persönlichkeiten teilgenommen hätten, habe er diesen Zweck der Geldfälschung offen ausgesprochen. Im weiteren Verlauf der Vernehmung machte Karumidje zugaben, daß die finanziellen Mittel zur Unterhaltung der Geldfälscher von zahlreichen deutschen Firmen aufgebracht wurden. Karumidje versuchte, die anderen Werkzeuge, die als Angeklagte vor Gericht stehen, möglichst zu entlasten. Seine Aussagen ergaben jedoch, daß diese Angeklagten, die Weber, Sell, Schneider, Kipping usw., im Auf-

trag der kapitalistischen und militärischen Hintermänner an der Aktion teilnehmen. Ueber die Frage, welchen Erlös der Verkauf der falschen Sowjetnoten erbracht habe und wofür die Notizen geschickt worden seien, erklärte Karumidje, später sprechen zu wollen. Damit ist die Vernehmung des Hauptangeklagten vorläufig beendet.



Karumidje

Die kapitalistische und sozialistische Presse in Deutschland versucht bei der Berichterstattung über den Prozeß, die weingardistischen Organisations des Krieges gegen die Sowjetunion selbstverständlich zu verteidigen und als „Freiheitskämpfer“ hinzustellen. Die offene Sympathie der gesamten kapitalistisch-sozialistischen und nationalsozialistischen Einheitsfront ist den Verbrechern gewiß. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das führende Organ des deutschen Trustkapitals, sollbarmst sich ganz offen mit Ehrhardt, Karumidje und allen anderen. Wie der Prozeß auslaufen wird, steht deshalb von vornherein schon fest. Die Verurteilungstafel des Gerichts wird gelingen. Man wird die Sowjetgeldfälscher genau so auf freien Fuß setzen, wie man die Dokumentenfälscher Dolfos und Co. in Freiheit läßt, um sie auch weiterhin als Werkzeuge bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion auszunutzen.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dem Verlauf dieses Prozesses große Aufmerksamkeit zuwenden und aus ihm ersehen, daß die Imperialisten fieberhaft an der Verwirklichung ihrer Kriegspläne arbeiten. Die Justizkomödie gegen die UGGA und die weingardistischen Fälscher auf der einen Seite und die Sowjetunion der bürgerlichen und sozialistischen Presse, die Verbotshefte gegen die kommunistische Partei liegen auf der gleichen Linie. Die Klassenbewußten Arbeiter müssen begreifen, daß zwischen der Vorbereitung des Verbotes ihrer revolutionären Partei, der kommunistischen Partei, ein enger Zusammenhang besteht.

Ihre Lehre aus diesem Prozeß heißt deshalb schon heute: Bereitschaft in höchstem Maße, Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaues, zur Verteidigung der russischen Revolution!

Die Volkszeitung hekt zum KPD-Verbot

Arbeiter, antwortet: Hinein in die KPD! Lebt die kommunistische Presse!

Die „Dresdner Volkszeitung“ ist nach Kräften bestrebt, dem sozialistischen Organ, dem „Vorwärts“, an Verurteilung und Niedertracht in nichts nachzugeben. In ihrer gestrigen Nummer veröffentlicht sie unter der Überschrift: „Die Schließungen der Gewerkschaften — die Opfer und die Täter“ einen Artikel über die Zusammenhänge der letzten Wochen in Berlin, in dem

ganz offen das Verbot der kommunistischen Partei gefordert und angekündigt

wird. Die „Volkszeitung“ läßt genau wie der „Vorwärts“ den Kampf des Berliner Proletariats gegen die sozialistischen Revolverhelden in eine „politische Wutrede“ um. Sie nimmt offen Stellung für die nationalsozialistischen Banditen, indem sie die Aufforderung der „Roten Fahne“ an die Berliner Arbeiterklasse, sich gegen den sozialistischen Terror zur Wehr zu setzen als „unverhohlene Aufforderung zum bewaffneten Ueberfall auf die Verkehrsknoten der Patentträger“ und „persönliche“ Hege gegen die Patentträger bezeichnet. Sie bereitet das von Seering bereits vorbereitete Verbot der kommunistischen Partei vor und sucht Stimmung für dasselbe zu machen, indem sie schreibt:

„Wenn politische Verbände Wert darauf legen, verboten zu werden, so brauchen sie sich nicht anders zu benehmen wie seit einiger Zeit die Rechts- und Untorabitaten.“

Das ist nicht nur deutlich, sondern die Spitze der Heuchelei obenrein. Daß die sozialistischen Minister und Polizeipräsidenten nichts Ernsthaftes gegen ihre nationalsozialistischen Lieblinge unternehmen werden, ergibt sich nicht nur aus ihrer bisherigen Praxis, sondern auch aus der Rolle, die der Sozialfaschismus in der gegenwärtigen Situation der zugespitzten

Klassengegensätze und der wachsenden Krise des Kapitalismus spielt. Nationalsozialisten und Sozialfaschisten arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Einer leitet dem anderen die Argumente im Kampf gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterklasse. Die Ankündigung des Verbotes, die das oben wiedergegebene Zitat aus der „Dresdner Volkszeitung“ enthält, ist darum lediglich der kommunistischen Partei. Es ist die Aufgabe eines jeden Klassenbewußten Arbeiters, sich in der gegenwärtigen Situation lester denn je um die kommunistische Partei zu kümmern, Mitglied derselben zu werden und ihre Presse zu lesen. Unter Führung der kommunistischen Partei muß das deutsche Proletariat den Kampf gegen die nationalsozialistischen und sozialfaschistischen Stützen des Kapitalismus verschärfen.

Der Vorwärts proklamiert den Weißen Terror

Der „Vorwärts“ vom 4. Januar veröffentlicht einen Leitartikel, der von grundsätzlicher Bedeutung ist, weil er mit bisher unübertroffener Deutlichkeit und Brutalität ein Bekenntnis des Sozialfaschismus zum Weißen Terror enthält. „Schutz der Republik“ ist „Schutz der Freiheit“, so lautet der Titel jenes schändlichen Machwerkes, in dem zur Begründung des Seering'schen Kommunizengesetzes folgendes proklamiert wird:

„Ein altes Römerwort sagt, daß zwischen den Wajen die Gehege liegen. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, Gewalt gegen Gewalt zu legen. ... Rühme es eines Tages wieviel so weit, daß an die

Erwerbslose marschieren voran!

In einer von 300 Erwerbslosen besuchten Versammlung in Bischofswerda wurden nach dem Bericht des Kollegen Wächter (Radeberg) über den Reichstagskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zwei Delegierte (1 Frau und 1 Mann) zum Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz gewählt.

Ferner wurde in einer Betriebsversammlung der Firma Lidroth & Reinbrod in Niederzschitz ein Delegierter zum Landeskongreß gewählt.

Arbeiter in den Betrieben und Erwerbslose auf den Stempelstellen! Folgt diesem Beispiel der Erwerbslosen von Bischofswerda und der Belegschaft der Firma Lidroth & Reinbrod!

Protest gegen die Verschöderung der städtischen Betriebe!

Kommt in die Versammlungen der kommunistischen Partei
Mittwoch, 8. Januar, 20 Uhr, Blumenstraße, Blumenstr. • Donnerstag, 9. Januar, 20 Uhr, Annenstraße, Fischhofplatz • Donnerstag, 9. Januar, 20 Uhr, Reichsbanner, Bischofsweg
Es sprechen Renner, Siegel, Sindermann, Gruner, Säbel, Olga Körner KPD Groß-Dresden

A
g
n-A.
5/37
ZIII
ial-
baff
ce 28
ale
ann
pp
sche
n 28236
nd
c 8
aren
9/22
Arbeiter
ng
brik
ns
ner
17 1906
urikel
sden
n 10889
elpe
ert
r. 2 und
r Platz
nn
ahlung
US
Y
atten
es im
t
o.
26. I.
Kobati
Platz!